

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonntagen und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2.- M., bei Zustellung unter Schriftband 2.- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene Zeitung und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10 III. Fernsprecher: Amt Norden 2803 und 2806.

Interessante haben die alljährlich erscheinende oder deren Name L20 III, Wertungen des fertigen Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Leuzungspreis 70 Pf. Bei Familien- u. Vereinstellungen gilt der Zuschlag fort. Interesse für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition anfragen sein. Zuschriften-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 10 Fernsprecher: Amt Norden 2768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neuer Umsturz im Osten?

Voreilige Enthüllungen.

Die konservative Presse veröffentlicht eine Nachricht aus Lettland, wonach schon in den nächsten Stunden mit einem neuen Umsturz in Lettland gerechnet werden muß. Der frühere Ministerpräsident Needra sei wieder öffentlich aufgetreten und seine den entscheidenden Einfluß in Lettland wieder zu gewinnen. Der Sturz des Ministeriums Umanis, das bekanntlich das Kabinett Needra abgelöst hatte, sei stündlich zu erwarten.

Diese Meldung deutet in etwas unvorsichtiger Weise die Pläne auf, die die militärischen Rebellen in Lettland hegen. Wie im April d. J. soll wieder die geistliche Regierung eingeführt und eine Streikmänner-Regierung eingesetzt werden, in deren Namen dann die Abenteuerpolitik der Offizierskavallerie in Lettland weiter fortgesetzt werden soll. Ein Putschversuch ähnlicher Art wurde vor kurzem bereits in Libau unternommen, er mißlang aber, weil der Leutnant Michajew, der den Putsch organisieren sollte, durch seine eigene Dummheit die Sache verriet.

Jetzt scheint ein erneuter Versuch im Gange zu sein. Sollte er gelingen, so können die schlimmsten Komplikationen erwartet werden.

Die „Privatsache“ der kurländischen Verschwörer.

Die halbamtliche „Deutsche Allg. Ztg.“ bezeichnete gestern die Agitation für den Uebertritt zu den russischen Weissen Garden als „Privatsache der einzelnen“. Wie die „Privatsache“ in der Praxis aussieht, zeigt folgender Bericht eines Angehörigen der Eisernen Division, der vor einigen Tagen aus Lettland gekommen ist:

Die einzelnen geschwätzten Formationen werden aufgestellt, und diese gehen geschlossen an der Armee Kollischal über. Dieses geschieht in folgender Weise: Der betreffende Kommandeur der Formation liest den Mannschaften einen Befehl vor, in dem es heißt, daß sie sich bis zum Mittage russische Kofarben und Ausrüstungen anzulegen haben. Dann erklärt er darauf, daß sie zu der kurländischen Armee gehören. Diese Formationen erhalten sämtliche Sachen noch immer weiter aus Deutschland, genau so die Leutnants.

Graf von der Goltz sollte bekanntlich nach Deutschland abberufen werden. Seit einigen Tagen befindet sich Graf von der Goltz in dem Kommandogebäude der Russen und hat Mühe, wieder mit seinen Formationen befehligen. Er selbst hat den Truppen niemals erklärt, daß sie aus Lettland heraus müßten, sondern laut Verfügung der Reichsregierung fordert er die Leute nach auf, weiter in der kurländischen Armee zu dienen.

Diese Angaben ergänzen in wirkungsvoller Weise den gestern von uns veröffentlichten geheimen Korpsbefehl des Generals v. d. Goltz. Und dieser Mann darf noch immer an der Spitze der Eisernen Division dem einmütigen Willen des deutschen Volkes trotzen und die Regierung zum Gespött der ganzen Welt machen!

Die Gefahr im Osten.

Der rechtssozialistischen Presse gehen allmählich die Augen über die Gefahren auf, die dank der verbrechlichen Untätigkeit der Regierung an der Ostfront entstanden sind. So schreibt die „Chemnitzer Volkstimme“:

Es ist ein bitterer und schlimmer Art, der an dem Absterben der deutschen Republik im Osten schuldig ist und eine Gefahr nicht nur für internationale Beziehungen, sondern auch für das Reich selbst bedeutet. Die Versuche, mit Waffengewalt die alle Herrschaft wieder aufzurichten, sind noch lange nicht aufgegeben worden und die freien Elemente, die in offener Unbotmäßigkeit gegen die Regierung den Gehorsam kündigen, sind für ein derartiges Ziel sehr leicht zu haben. Die Regierung wird hier endlich durchgreifen müssen, wenn sie sich nicht dem schmerzlichen Vorwurf aussetzen will, ein Verbrechen zu haben, das jeder Oberhäupter des Reiches hoch verurteilt. Wir erwarten, daß die verantwortlichen Führer rückwärts als Reuterer und Rebellen zur Verantwortung gezogen werden, damit endlich einmal ein Exempel statuieren wird, das für konterrevolutionäre und putschistische Elemente von wahrer Warnung bedeutet.

Auch das „Hamburger Echo“ schlägt Alarm:

Es ist ohne weiteres klar, daß es sich bei der ganzen Bewegung um nichts anderes handelt, als um eine von der

reaktionären Offiziersclique mit v. d. Goltz an der Spitze angeführte und immer weiter geführte Militärrevolte. Die Regierung muß, um das Verhängnis zu vermeiden, sofort Schritte einleiten, um die Truppen auszulösen. Auf die Offiziere scheint uns keinerlei Verlaß in dieser Hinsicht zu sein. Hier heißt es: zugreifen, hineinfallen in das Wespennest. Es muß durch persönlichen Eingreifen von Vertrauenspersonen versucht werden, die Truppen, die fest in der Hand ihrer Führer sind, zu informieren und über ihre Zukunft zu beruhigen. Nur so können Weiterungen vermieden werden, die den Bestand der Republik ernstlich zu gefährden geeignet wären.“

Gründlicher sollt der „Volkswille“, Organ für Mecklenburg-Strelitz, das Ostproblem an.

Der Friedensvertrag muß erfüllt werden, dazu gehört die Wahrung des Baltikums. Die Regierung beschließt die Zusammenführung mit dem lettischen Militär, entlassen lettische Kompanien, plündern die lettische Kommandantur. Ihr Führer Graf v. d. Goltz, mißbilligt die Widerführung der Truppen gegen den Befehl der Regierung? Grobartig, er mißbilligt. Was ist er denn sonst, wenn jemand nicht gehorcht? Mißbilligt er nur ständig? Wir glauben, er wandle ganz andere Mittel an, um seinen Willen durchzusetzen. Ach, das Spiel ist zu lebensgefährlich, als daß man nicht klar die Wahrheit sähe. Wo bleiben denn die lettischen Großen? Feierten nicht bereits die Konterrevolutionäre ihre egoistische Verherrlichung? Die Regierung erwartet von den Truppenführern, daß sie die Truppen über die verhängnisvollen Folgen ihrer Disziplinlosigkeit aufklären und zum Gehorsam zurückbringen werden? Nein, sie irrt sich und ihr Instanz ist entsetzlich, sie hat nur die ganz natürliche Folgeerscheinung ihrer Politik zu erwarten, der Politik Rosas und seiner Jünger. Winzig hat sich schließlich als Gefährter der deutschen Republik bei den Regierungen Lettlands und Estlands zurückgezogen. Reichskommissar für Ost- und Westpreußen bleibt er dennoch.

Eine Truppenmacht von vielleicht einigen Zehntausenden hat sich aus jeglicher Gemeinsamkeit losgelöst, ein Spielzeug in der Hand der Führer. Was geschieht? Wendet sie sich gegen Sowjet-Rußland, gegen die lettische Regierung, gegen die Entente oder gegen Östpreußen? Herr v. d. Goltz wird es wissen. Die Gegenrevolution ist international.“

Ja, ganz recht! Die Konterrevolution ist international. Und dieser Konterrevolution hat die Regierung Ober-Roske, wie ihr schon aus den Reihen ihrer eigenen Partei befehligen wird, systematisch in die Hände gearbeitet.

Ein Protest der lettischen Regierung.

Wie uns mitgeteilt wird, hat der lettische Gesandte W. Schreiner am 28. August d. J. dem Reichsminister Hermann Müller eine Telegramm des lettischen Ministers des Auswärtigen Meyerowitsch mit einem Protest der lettischen Regierung aus Anlaß der letzten Gewalttaten der deutschen Truppen in Lettland überreicht. Der Reichsminister erklärte, daß das Schriftstück eingehend beantwortet werden würde, sprach sein ausdrückliches Bedauern über die Vorkommnisse aus, verurteilte durchaus alle Übergriffe, erklärte, daß er nach wie vor an der beschleunigten Räumung Lettlands durch die deutschen Truppen festhalte und äußerte die Hoffnung, daß es den Truppenführern gelingen werde, die Truppen zur Aufgabe ihrer Widerstandstätigkeit zu bringen.

Während der längere Zeit dauernden Unterredung hatte der lettische Gesandte Gelegenheit auf die den Letten nicht entsprechenden Nachrichten eines Teiles der Presse über die Zustände in Lettland und über die Ansiedlungsfrage hinzuweisen.

Protest gegen den Grafen Goltz.

H. N. Haag, 30. August. Aus London wird gemeldet: „Daily Chronicle“ schreibt: Der deutsche Militarismus nimmt den Alliierten gegenüber in Lettland eine drohende Haltung ein. Laut Friedensvertrag hat Deutschland keinerlei Rechte auf dieses Gebiet, welches teilweise lettisch und teilweise litauisch ist. Die Deutschen wollen das Gebiet nicht verlassen und General von der Goltz hat sich entschieden geweigert, die Befehle der Alliierten auszuführen. Sie hoffen, daß der Oberste Alliierte Rat in Paris in dieser Sache eine kräftige Haltung einnehmen wird.

Die soziale Bewegung in Großbritannien.

Von Philipp Snowden.

Ueber den Stand der Arbeiterbewegung Großbritanniens und ihre Aussichten für die Zukunft hat der Genosse Philipp Snowden, der Vorsitzende der unabhängigen Arbeiterpartei Englands (I. P.), den folgenden Artikel im „Humanität“ veröffentlicht, den wir (wegen beachtenswerter Ausführungen wegen wiedergeben.

Großbritannien ist in Bewegung, ergriffen von einer großen sozialen und industriellen Unrast. Die Ursachen dieses Zustandes sind eher allgemeiner als besonderer Natur.

Das Ende des Krieges hat eine Art Entspannung herbeigeführt, ein allgemeines Gefühl notwendiger Freiheit ist entstanden, das sich in Mißtrauen und Entfremdung äußert — jede Partei, jede Klasse hat ihre besonderen Beschwerden geltend zu machen, dazu kommen noch die allgemeinen Ursachen der Unrast, deren Folgen jeder spürt.

Die Leuzung der Lebenshaltung steigt, während die Regierung, sei es aus Unfähigkeit, sei es aus schlechtem Willen, dieses fortwährende Steigen nicht hemmt.

Das tägliche Schauspiel der allgemeinen Sucht nach raschem Geldgewinn erzeugt Unrast in der industriellen Welt, und in Anbetracht der Tatsache, daß es bei uns beinahe eine Million Arbeitsloser gibt, denen der Staat nur ungenügende Unterstützung gewährt, kann die Situation von einem Augenblick zum anderen sehr ernst werden.

Die wirtschaftliche und kommerzielle Lage des Landes beunruhigt alle diejenigen hier, die sich die Mühe geben, nachzudenken. Der Handel belebt sich nicht, die Industrien nehmen ihre Tätigkeit nicht wie vor dem Kriege auf. Die Staatskasse wächst, und die Ausfuhr entspricht in keiner Weise der Einfuhr.

Jetzt beginnt die Last der großen Kriegsschuld sichtbar zu werden. Der relative Fehlschlag der letzten Steuersenkungen ist auf eine ganze Reihe von Ursachen zurückzuführen, deren eine die ist, daß kein verfügbares Kapital vorhanden ist, um es in Anleihen anzulegen, da die Arbeiter an Geldmitteln sogar nicht genügen, um die Entwertung des Handels zu fördern.

Die Regierung und die Kapitalisten suchen „die Arbeitsleistung zu erhöhen“. Sie sehen darin das einzige Mittel zu einer Besserung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage. Jedoch ist eine Erhöhung der Produktion schwierig, wenn nicht unmöglich. Und das aus sehr vielen Gründen. Die Kriegslöhne, die Erhöhung der Abgaben und der Schiffsfracht, der Mangel an Schiffsraum (verschlimmert durch die Mobilisierung der Schiffe, die Munition und andere Materialien nach Rußland transportieren), die Leuzung der Rohstoffe und der Maschinen, die Sperre auf Ein- und Ausfuhr, die Abschließung der großen Märkte Zentraleuropas und Rußlands, die Aneignung unserer alten Märkte durch Amerika und Japan, die Verminderung der Nachfrage auf unseren eigenen Märkten infolge des Rückganges der Kaufkraft der Massen, sind genug Schwierigkeiten für die Wiederaufnahme des Handels.

Die Erhöhung der Löhne im Vergleich und im den Eisenbahnen, die durch keine Vereinfachung in der Organisation ausgeglichen worden ist, hat die Ausbeutung dieser Industrien für die Privatunternehmen sehr wenig vorteilhaft gestaltet. Damit sie nur irgendeinen Ueberfluß bringen, bedarf es sowohl einer ungeheuren Unterstützung durch den Staat als auch einer Erhöhung der Preise und der Tarife in einem Umfang, der für den Handel schädlich sein würde: Der Kapitalismus hat in diesen Industrien bankrott gemacht. So ist es auch in der Landwirtschaft.

Die einzige Möglichkeit aus diesem Zwiespalt herauszukommen, ist die Nationalisierung dieser Unternehmungen und die Verwirklichung von Maßnahmen und wirtschaftlichen Reformen, die den Arbeitern alle erzwungenen Vorteile decken und die Kosten der Produktion vermindern durch Abschaffung von Verberb und Verbot, die unter

Freiblich mit dem System der freien Konkurrenz und der privaten Ausübung der Unternehmungen verbunden sind.

Die Bergarbeiter und die Eisenbahnarbeiter haben dies begriffen und deshalb ist die Nationalisierung der Bergwerke und der Eisenbahnen, Hand in Hand gehend mit einer vorläufigen Abschaffung der Erleichterung einer gemischten Kontrolle, die gewirkt von den Arbeitern und der Allgemeinheit ausgeht wird, die Forderung des Tages.

Diese Frage wird sehr bald besprochen und gelöst werden. Die kapitalistischen Interessen vereinigen alle ihre Kräfte zum Kampfe gegen die Bergarbeiter, die die Gemeinwirtschaft haben wollen. Die Regierung, die nur eine Art Kreatur der Unternehmerorganisation ist, wird die Forderung der Vergütung nicht ohne hartnäckigen Kampf annehmen. Der größte Konflikt, der sich jemals zwischen Kapital und Arbeit erhob, ist nahe bevorstehend, und dieser Konflikt berührt nicht nur die Frage der Sozialisierung der Bergwerke, sondern auch das ganze Problem der Verstaatlichung der öffentlichen Verkehrsmittel und Industrie als kapitalistisches Eigentum.

Der Kampf wird noch durch andere Forderungen der Arbeiter im gegenwärtigen Augenblick verschärft. Die Beunruhigung der Arbeiter, die in der Bekämpfung der kapitalistischen Systems in der Bergwerksindustrie ein Hilfsmittel sehen, ist auch durch Gründe politischer Art hervorgerufen.

Diese politischen Motive liegen nicht im Plane der industriellen Aktion, sie sind aber nicht weniger vorhanden und stärken den Willen der Arbeiter, die Veränderungen in der wirtschaftlichen und industriellen Ordnung vorzunehmen. Die Unzufriedenheit mit dem Versailler Friedensvertrag, der Angriff gegen Rußland, die Aufrechterhaltung der Republik, die Aussicht auf die ungeheuren Ausgaben für Meer und Flotte und Luftfahrzeuge, die Beibehaltung der Beschränkungen der Kriegszeit im bürgerlichen Leben, sind Gründe genug, die die Arbeiter dazu bringen werden, bei verschiedenen Anlässen an der Aktion teilzunehmen, die von der Industriewelt gegen die Regierung geführt wird.

Die parlamentarische Regierung Englands wird dadurch auf die Probe gestellt. Durch ihre Unfähigkeit, durch den Mangel an Vertrauen, den sie erzeugt hat, hinsichtlich ihrer Versprechungen bei der Reorganisation der industriellen und sozialen Bedingungen des Landes, durch die Art, wie sie sich im Monat Dezember die Macht aneignete, um den Zeitpunkt der Wahlen zu verschieben, hat sie einen ersten, wenn nicht verhängnisvollen Schlag gegen das Ansehen des Parlaments und gegen die Achtung für die konstitutionellen Methoden gestiftet.

Die augenblickliche Lage in Großbritannien muß jenen absolut geläufig sein, die die Psychologie von Streiks und Revolutionen kennen. Wir sind sicher, daß es in den kommenden Monaten ernsthafte Unruhen in Großbritannien geben wird. Aber es ist zweifelhaft, ob diese den Charakter einer Revolution annehmen werden. Wahrscheinlich aber ist, daß die zunehmende Unbeliebtheit der Regierung und der Wunsch, aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie geraten ist, zu allgemeinen Neuwahlen im kommenden Winter führen werden, deren Ergebnis sein wird, daß eine Regierung zur Macht gelangt, die ernsthafte Anstrengungen machen wird, um die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, den Handel von seinen Fesseln zu befreien, den Friedensvertrag zu revidieren und die Handelsbeziehungen mit Mitteleuropa und Rußland zu entwickeln. Durch eine solche Politik wird man den Wohlstand des Volkes etwas erleichtern und die Unzufriedenheit in den industriellen Kreisen befriedigen können. Denn der britische Arbeiter gebietet vor allem seinem Magen und die alte Politik der Lories, die darin bestand, das Übermaß von Weizen zu beseitigen und damit den verhängnisvollen Wirkungen auf die herrschenden Kreise vorzubeugen, hat auch heute noch Aussicht auf Erfolg.

Der angebliche Volksaufbruch in der Pfalz.

Die Öffentlichkeit wurde gestern durch eine Meldung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus alarmiert, in der es hieß:

Der seit einigen Tagen erwartete und bereits früher angekündigte Volksaufbruch der Landauer Hochverräter scheint heute nach in der Pfalz in Szene gesetzt worden zu sein. Bis jetzt liegen nur Meldungen von Ludwigshafen vor. Dort machte noch 12 Uhr eine Anzahl Anhänger von Haack den Versuch, das Hauptpostamt zu besetzen. Der Versuch scheiterte zunächst an dem Widerstand der treuen Beamten. Zwischen 3 und 4 Uhr heute morgen wurde der Versuch von einer größeren Menschenmenge wiederholt, wobei die Hochverräter Handgemein wurden. Es sollen auch französische Soldaten dabei gewesen sein. Die Revolution leistete wiederum kräftigen Widerstand, wurden aber anscheinend überwältigt. Der Vorstand des Hauptpostamtes sowie ein Unterbeamter — Namen sind noch nicht festgestellt — wurden im Kampfe getötet. Heute morgen ist das Hauptpostamt von französischen Soldaten besetzt, die jeden Zutritt in das Gebäude verwehren. In Ludwigshafen angeschlagene Matratzen kündigten die Proklamation der freien pfälzischen Republik an.

Neuere Meldungen zeigen, daß die gestrige Wolff-Meldung wesentlich übertrieben war. Es steht in gar keiner Weise fest, daß französische Truppen bei diesem angeblichen Aufbruch mitgewirkt haben, im Gegenteil, heute wird gemeldet, daß das französische Militär gegen diese Aufständischen eingegriffen hat.

Gegenüber den Meldungen, daß Unabhängige sich an diesen Vorkämpfungsbestrebungen beteiligen, betonen wir noch einmal, daß die Unabhängige Partei mit aller Entschiedenheit gegen bewirkte Bestrebungen auftritt und daß sie gegen Personen, die die Partei zu mißbrauchen suchen, mit einer Entschiedenheit vorgehen wird, die erfreulich absicht von der Unentschiedenheit, die die Rechtssozialisten bei der Bekämpfung der Reaktion an den Tag legen.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Die Neuierungen der rechtsstehenden Presse über den Beschluß des Obersten Militärischen Rates die Rückkehr der Kriegsgefangenen sofort vorzubereiten, zeigen, daß es ihr sehr unermesslich ist, daß durch diesen Beschluß ihrer gewinnlosen Hege der Boden entzogen wird. Den Gipfel erreicht die „Deutsche Zeitung“, die die Rote „Schweizerin“ nennt, und meint, daß die Entente die erste Gelegenheit wahrzunehmen werde, um das Versprechen rückgängig zu machen. Keimlich schreibt die „Tägliche Rundschau“, ein großer Teil der Kriegsgefangenen müsse weiter in fremden Ländern schmachten. Auch die „Deutsche Tageszeitung“, die wie die übrigen reaktionären Blätter stets damit einverstanden war, daß die russischen Kriegsgefangenen nach dem Brest-Litovsker Friedensvertrag noch jahrelang zurückgehalten wurden, sieht in dem Beschluß der Entente kein Wohlwollen, sondern nur „Grausamkeit und Brutalität“. Man wird sich nach diesen Broden nationaler Einschüchtlungslosigkeit darauf einrichten müssen, daß die Lage der Reaktion in der Kriegsgefangenenfrage ihr Ende noch nicht erreicht hat.

Wie die Presse mitteilt, ist gestern auf dem Schlesienschen Bahnhof ein Transport von etwa 60 Kriegsgefangenen aus dem Ural, Kaukasus und Irakum eingetroffen, denen von ihren Angehörigen ein glänzender Empfang bereitet wurde. Leider fehlten alle Mittelungen darüber, von wo diese Gefangenen jetzt gekommen sind.

Kritische Lage der Sowjet-Truppen am Dnjepr.

H. N. Gada, 20. August.
Heber Genf wird aus Moskau gemeldet, daß die Erfolge Danks und Peltunows die Situation der Roten Truppen am Dnjepr in Gefahr gebracht hat. Trotz der methodischen Umgehung haben die Sowjettruppen bis zum letzten Augenblick am

Dnjepr in der Hoffnung auf Vereinigung mit den kriegsreifen Sowjettruppen festgehalten. Am 15. August konnte der Oberbefehlshaber der Roten Truppen, der die Unmöglichkeit eines Rückzugs einnahm, Parlamentäre, um über die Bedingungen des Waffenstillstandes zu sprechen. Aber das französische Kommando verlangte bedingungslos die Übergabe. Man erwartet, daß die Roten Truppen dieser Forderung schließlich nachgeben werden, um einer Gefangennahme durch die Truppen Danks und Peltunows zuvorkommen. Die bolschewistischen Truppen am Dnjepr zählen ungefähr 20 Regimente. Sie verfügen über etwa 20 Geschütze.

Das Wahlnäher des Zentralrats.

Der Zentralrat der deutschen „sozialistischen“ Republik, bezeichnet Max Sahen, erstellte den Volkskongress, an einer Sitzung teilzunehmen die sich mit der Durchführung der Wahl der Reichsräte auf Grund der vom Zentralrat herausgegebenen Wahlordnung befassen sollte. Die Einladung war adressiert an den Volkskongress der U. S. P. D. und S. P. D. und enthält die Mitteilung, daß eine gleiche Einladung dem Volkskongress der S. P. D. und D. P. übermittelt worden sei.

Zunächst stellt der Volkskongress fest, daß es weder einen Volkskongress der U. S. P. D. und S. P. D. noch einen Volkskongress der Sozialdemokratisch-nachdemokratischen Partei gibt. Der Volkskongress Groß-Berlins ist eine Abspaltung, die kraft revolutionärer Rechte von den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten anerkannt wurde. Der Volkskongress setzt sich zusammen nach den von der Volksversammlung im Januar festgelegten Richtlinien und bestimmt die werktätige Bevölkerung Groß-Berlins. Das Ausschließen einzelner Mitglieder kann an dieser Tatsache nichts ändern. Die ausgeschlossenen Mitglieder haben nicht das Recht, den Namen Volkskongress zu führen, sie können sich auch nicht als eine revolutionäre Abspaltung bezeichnen. Auf diese Angelegenheit legen sie keinen Wert, da sie sich selbst als „Ordnungspartei“ im kapitalistischen Staat bezeichnen.

Der Zentralrat hatte die Pflicht, die Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Er hätte auch die Erregungsoberfläche der Rechtssozialisten verhindern müssen. Statt dessen erkennt er den gelben Volkskongress an und fördert die Beibehaltung der letzten revolutionären Position des Proletariats. Er sagt damit den Willen, auf dem er sitzt. Der rechtmäßige Volkskongress des Groß-Berliner Arbeiterrates kann den Zentralrat nicht mehr als die Vertretung der Arbeiterräte Deutschlands anerkennen. Er muß es ablehnen, einer Einladung desselben Folge zu leisten.

Der Zentralrat hat außerdem niemals ernsthaft den Versuch gemacht, den Miteigentümern in Deutschland zu fördern. Er hat sich geschämmt, wenn die Verwaltungsbürokratie oder die kapitalistische und militaristische Gegenrevolution die revolutionären Rechte der Arbeiterräte zu beseitigen versuchten. Ja, er hat diese Bestrebungen der Gegenrevolution durch sein Schweigen unterstützt und gefördert. Auch gegen den letzten Gewaltakt des kommunistischen Proletariats gegen den Berliner Volkskongress hat der Zentralrat nichts eingewendet. Der Zentralrat besitzt nicht mehr das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung Deutschlands. Seine Maßnahmen werden weder von der Regierung und den Behörden noch von der Arbeitererschaft anerkannt.

Wenn jetzt der Zentralrat eine Wahlordnung für Arbeiterräte herausgibt und deren Wahl anordnet, so kann es sich dabei nur um eine Arbeit politischer Geschäftsmacher handeln, die versuchen, ihre politische Bedeutungslosigkeit zu haben um einen Platz an der Futterrippe der sozialistischen Republik zu finden. Diese Bestrebungen zu unterstützen, lehnt der Volkskongress ab. Er wird eine demnächst einberufende Volksversammlung dieses Beschluß zur Annahme empfehlen.

Der Volkskongress macht die werktätige Bevölkerung auf die von der Regierung geplante gesetzliche Regelung der Reichsräte aufmerksam, durch welche die bestehenden Arbeiterräte aufgehoben werden, was auch auf die auf Grund der Wahlordnung des Zentralrates Gewählten zutreffen würde. Die Wahlen des Zentralrates stehen zu dem geplanten „Mittelstufen“ der Regierung genau so im Widerspruch, wie die von dem Volkskongress geplanten und von der Regierung mit Gewalt verhinderten Neuwahlen der Berliner Arbeiterräte. Wenn die Regierung die ausgeschlossenen Wahlen bei

Revolution und Theater.

Die Freie Volksschule hielt im Berliner Schauspielhaus ihre Generalversammlung ab. Einleitend hielt Dr. Paul Landau einen Vortrag über das Thema „Revolution und Theater“. Er schilderte eingehend, wie das Theater die Revolution vorbereitete und die Revolution andererseits das Theater und die dramatische Produktion beeinflusste. So gibt z. B. die große französische Revolution Karl Schreier'sche Momente ab; die Nationalversammlung spielt Theater, das ganze Volk spielt Theater. Auch innerhalb des Theaters gab es Revolutionen, so als im griechischen Drama zum ersten Male neben den beiden handelnden Personen die dritte Person eintrat, oder beim Auftreten der ersten weiblichen Schauspieler. Ueber Kunst und Revolution hat Richard Wagner, der in der 18er Revolution noch streng kommunistisch war, einen Aufsatz geschrieben, in dem er auspricht, daß „neue, edle Kunst nur auf Grundlage der sozialen Bewegung“ gedeihen könne, und weiter, daß „nur aus dem Genuß und dem Wissen der Gemeinschaft“ ein wahres Kunstleben entstehen könne. „Das Theater ist ein notwendiges Element für alle, die eine soziale Revolution umfängt.“ Goethe lehnt in seinen Wanderjahren das Theater gänzlich ab als Genuß einer müßigen Menge. Die Einwirkung des Theaters auf die Ausbreitung der revolutionären Gedanken zeigen besonders die Fastnachtspiele des Hans Sachs für die Reformationzeit und Baumgärtels „Figaros Hochzeit“ für die französische Revolution. Wir selbst haben ja besonders in Tokio einen Vorläufer der Revolution erlebt. Ebenso bedankt Strindberg den Sieg einer revolutionären Weltanschauung. Dann war es ganz besonders die literarische und dramatische Produktion der Hofenscheiter, Fritz v. Innis, René Schiller, die politische und revolutionäre Stimmung heraufzureden. In Frankreich war das Theater die Wächter der Revolution, während die große englische Revolution ausgeprochen theaterfeindlich war. Den strengen Puritanern war das Theatergepränge ein Greuel.

Nur verhältnismäßig wenige Bearbeitungen revolutionärer Stoffe, obgleich reichlich vorhanden, sind literarische Höhepunkte geworden, so Schillers „Kabale und Liebe“, Hauptmanns „Weber“, ganz besonders aber Shakespears „Dankens Tod“. Weiter schließt der Referent noch die jüngste dramatische und literarische Dichtung, die man als Revolutionsdrama bezeichnen und als „unmittelbare realistische Vorgeschichte der Revolution“ an-

galt hat. Besonders die Namen Sorge, Georg Kaiser, Walter Hasenclever, Rich von Unruh und Paul Dessau bezeichnen diese Richtung. Zum Schluß sprach der Referent den Glauben aus, daß aus der Revolution eine starke revolutionäre Dichtung hervorgehen werde.

Der Vorsitzende gab hierauf den vorläufigen Spielplan für 1919/20 bekannt. In der Volksschule sind folgende Stücke in Aussicht genommen: „Torquato Tasso“ von Goethe; „Die Bürger von Calais“ von Georg Kaiser; „Paul Bange und Lora Parsberg“ von Hjortson; „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Shakespeare; „Das Postamt“ und „Chitra“ von Rabindranath Tagore; „Ein Traumspiel“ von Strindberg; „Die Kronprinzendenten“ von Ibsen; „Sphrasms Köster“ von Carl Hauptmann; „Eunuchelina“ von Shakespeare; „Wogge“ von Wagner; „Kapitän Braubounds Verlebrung“ von Bernard Shaw; „Der letzte Tag“ von Ernst Barlach; „Antigone“ von Sophokles. Daneben werden noch Konzerte, Konzerte und Vorlesungen über die literarischen Probleme des Theaters veranstaltet. Für die letzte Veranstaltung sind als Vortragende gewonnen: Dr. Adolf Behne, Dr. Otto Fischer, Dr. Max Derl, Stadtbaurat Prof. Poelzig, Dresden, Architekt Prof. Heinrich Tessenow, Berlin.

Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt, bestehend aus den Herren Dr. Conrad Schmidt, Curt Baack, Kallisch, Gabe und Winkler. Auch der literarische Ausschuss, dem die Herren Dr. Koch, Dr. Dieberich, Dr. Restriepke, Dr. Schildowski, Marzuffon, Stübinger, Bad angehören, wurde wiedergewählt.

Die kulturelle Stellung des Schauspielers.

In der letzten erschienenen Nummer eines neuen Zeitschrifts „Freie Deutsche Bühne“ (Herausgeber Prof. Dr. Max Gumbel und Emil Lieb) schreibt Ludwig Kubiner in einem Aufsatz über die kulturelle Stellung des Schauspielers: Die Kulturgeschichte des Schauspielers unterscheidet sich heute nicht mehr von der Kulturgeschichte des Proletariats. Die sozialen Bedingungen des Schauspielers, sein völliges Ausgescheiden an die kapitalistische Unterwerfung, sind dieselben wie die des Proletariats. Eine gewisse andersartige

Lebenshaltung als die des Proletariats, andere Wohnverhältnisse, andere Kleidung sind Mißverständnisse, die über die proletarische Existenz des Schauspielers überhaupt hinwegtäuschen. Es sind aber in Wirklichkeit noch viel drückendere Dingen, als sie in Kleidung und Wohnung der Arbeiter zu tragen hat, und diese beiden Ueberbleibsel aus der Proletariatsperiode des Schauspielers, zeigen in Wahrheit deutlicher als alles andere seine Zugehörigkeit zum Proletariat. Der Schauspieler hat denselben Kampf zur sozialen Revolution mitzufechten, den das Proletariat kämpft, trifft er diese Entscheidung nicht, so wird er im Kulturleben der kommenden Gesellschaft ebenso wenig mehr vorhanden sein, wie die andere über- und unter-Keimbürgerlichen Traktanten der Bourgeoisie.

Der Schauspieler der alten Welt war ein Eigenener, und das Nachahmendes des Unorganisierten gab ihm im vornehmen die dämonische Atmosphäre. Der Schauspieler unserer Zeit ist der Bürger, demokratisch, geschäftlich, menschlich gleichgültig. Der Schauspieler der jungen Generation, der von morgen, dessen Typus sich jetzt erst bildet, ist der Kämpfer, — der Gemeinheitsmensch.

Die Aufgabe der Proletariatsregierung des Schauspielers liegt darin, daß der Schauspieler sich dem Kampfe der Revolution anschließen muß, nicht aus einer wohlmeinenden Ferne her, oder etwa weil das gerade zeitgemäß ist, sondern aus den notwendigsten sozialen Gründen seines eigenen sozialen Schicksals. Doch der letzte Kampf des Schauspielers, seine wahre Fähigkeit zu helfen, ist ethischer Natur. Und nur der Schauspieler, der sich mit der Revolution des Volkes solidarisch fühlt, der ihr angehört, wird der Wächter der Volksgemeinschaft das geistige Siegel aufdrücken, jene Tat unauflöslicher, nachhaltiger Enfkammung zu Kommenden, die allein dem Volk die Feiert der Zukunft ist.

Wallner-Theater.

Es sind gerade heute 25 Jahre her, daß das Schillertheater als eine für volkstümliche Kunst bedeutsame Bühne unter Raphael Lomewald in Berlin O. mit Schillers „Mäubern“ eröffnet wurde. Das Schillertheater hat nun seit Jacobsohn seine Stammhütte in der Wallner-Theater-Straße gefunden und die neue Spielzeit in seinem jetzigen Heim zu Charlottenburg mit Ibsens „Bund der Jungen“ begonnen. Leider muß aber auch am Jubiläumstage der volkstümlichen Schillertheater

...wird es möglich sein, so nur deshalb, weil sie sicher ist, daß der Zehnte...
...wird es möglich sein, so nur deshalb, weil sie sicher ist, daß der Zehnte...
...wird es möglich sein, so nur deshalb, weil sie sicher ist, daß der Zehnte...

Der Volksrat der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Zwei Anfragen an Noske.

Die Offiziersverführung in Potsdam, die so häufig die Notwendigkeit unserer Professionsverbände am Dienstag erwiesen hat, gibt dem rechtssozialistischen Centralblatt "Freie Zeitung" Veranlassung, folgende Anfragen an den Reichswehrminister zu richten:

1. Wie stellt sich Herr Noske zu der Tatsache, daß die Offiziere eine Liga zur Bekämpfung des Judentums und zur Veranstaltung von Vorträgen gegründet haben und zu diesem Vaterländischen Zweck die im Reich ganz erhebliche Summe von 300.000 M. zusammengebracht haben?

2. Welches Ersellens Rolle nicht von einem vor einigen Tagen erschienenen Bericht des Reichswehrministers Noske, nach welchem alle Flugblätter unter Verschluss stehen, um die Bekämpfung des Antisemitismus um so gründlicher machen zu können und um die dem deutschen Volke zur größten Schande gereichende Propaganda "eingedämmen" zu können?

Im Hinblick darauf wird Herr Noske wegen seiner Verhöhnung der gegenrevolutionären Machenschaften ausdrücklich die Meinung gefragt.

Warum geht Herr Noske nicht hier mit einer "Verwarnung" vor, wie er es bei der "Freiheit" zu tun für nötig befunden hat?

Wird Herr Noske nicht auch hier den Herrn Kollegen Rittwih in Potsdam sehen und an die Herren in Potsdam ein Schreiben richten lassen des Inhalts, daß, wenn sie noch einmal derartige "die Grundlagen des Staates" gefährdende Aktionen unternehmen, sie alleamt "verboten" werden.

Warum sieht Herr Noske nicht hier auch, daß eine und noch viel gefährlichere Bedrohung "der öffentlichen Sicherheit", der "Freiheit" nicht wohl der Weltvollendete Mensch, nicht einmal die Herren Noske, Rittwih und Komp., abwehren können, daß sie gegen die bestehende Staatsform wühlt und die Republik umzubringen will.

Hier aber liegt die Sachlage klar genug. Seine Herren wollen nichts anderes als den blutigen Bürgerkrieg, verbunden mit großzügigen Juden- und Proletarierprogrammen, wollen nichts anderes als die Errichtung einer schrankenlosen Militärdiktatur, die Herrschaft des weißen Terrors und die Wiedererrichtung der Monarchie mit all ihrem Jammer und Elend, das wir doch schon endgültig abgeschüttelt zu haben glauben.

Wir sind überzeugt, daß Herr Noske auch diesmal ebensowenig etwas tun wird wie bisher. Er harret wie Hypochrisit auf die "Freiheit", die so unversämmt ist, jeden Tag vor den sicherlichen Gefahren, die uns von rechts drohen, zu warnen, und er erwartet vergeblich mit Schmach das Moment, wo er der "Freiheit" und dem Volk auch die Freiheit endgültig den Hals umdrehen kann.

Gegen die Herren in Potsdam und anderswo würde er, auch wenn er wollte, nicht viel Erfolge erringen, denn "die Garde stirbt, aber sie erhebt sich nicht" — am allerwenigsten jemandem, den sie offen zu den Heiligen zählen können!

Ob Herr Noske und die übrigen Rechtssozialisten in der Regierung diesem Rabrus aus ihren eigenen Reihen Gelder schenken werden?

Was Noske nicht weiß.

Und wird geschrieben: Vor einigen Tagen wurde von Regierungskreisen erklärt, bis zur Stunde sei noch keine deutsche Formation zu den Russen übergetreten. Dagegen kann ich versichern, daß die freiwillige Fliegerabteilung 403...

...vom Grenzschutz-Korps zu den Russen übergetreten ist, und daß der größte Teil sich seit dem 12. August mit...
...vom Grenzschutz-Korps zu den Russen übergetreten ist, und daß der größte Teil sich seit dem 12. August mit...
...vom Grenzschutz-Korps zu den Russen übergetreten ist, und daß der größte Teil sich seit dem 12. August mit...

Wenn ein Soldat Heereigentum unterschlägt, kommt er vors Kriegsgericht. Was wird nun aus Offizieren, die das ihnen zur Sicherung der Grenzen anvertraute Heereigentum nicht nur unterschlagen, sondern mit ihm zu einer anderen Macht überzutreten? Weiß dies alles Noske nicht, oder will er es nicht wissen?

Die Beratungen über die Kohlenfrage.

Die gestrigen Beratungen beim Reichskohlenkommissar sind, wie mitgeteilt wird, noch nicht abgeschlossen worden. Es handelte sich um informativische Vorbesprechungen mit den Vertretern der Groß-Industrie. In einer späteren Sitzung werden auch die Verbrauchergesellschaften, die Verbände der Gaswerke, die Theater und Kinobesitzer hinzugezogen werden, da man, soweit sich dies mit dem Geist der Lage nur irgend vereinigen läßt, allzu harte Maßnahmen nach Möglichkeit vermeiden will.

Zunächst ist zwischen der Kohlenstelle Groß-Berlin und dem Berliner Polizeipräsidenten noch keine endgültige Einigung über die Befreiung der Polizeistunde erfolgt. Das Polizeipräsidentium, das mit der Kohlenstelle bereits verhandelt hat, konnte bisher sich auf eine bestimmte Stunde noch nicht festlegen, da noch Besprechungen mit den Besitzern der Gasthäuser und öffentlichen Vergnügungsorten abgehalten werden müssen. Es kann doch schon jetzt mitgeteilt werden, daß die Polizeistunde von einschneidender Wirkung auch für die Theater, Restaurants und kleinen Wirtschaften sein wird. Die Groß-Berliner Straßenbahn hat bereits vor einigen Tagen eine Mitteilung bekommen, daß Einschränkungen des Spätdienstes unter allen Umständen stattfinden müssen. Die Polizeistunde für Lokale usw. wird demgemäß auf mindestens 1/2 Stunde vor Verkehrsschluss festgelegt, um Passandankunft auf die letzten Wagen zu verhindern. Eine erhebliche Einschränkung des Tagesverkehrs wird dagegen nicht stattfinden, da der Betrieb des Kraftwerkes Noabit, an dem das ganze Straßenbahnnetz hängt, durch die Zuführung des Bitterfelder Stromes gesichert ist. Dagegen werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Kinos im Stromverbrauch gekürzt werden. Schon jetzt erhalten Lichttheater, die neu eröffnet werden, nur an drei Tagen der Woche elektrischen Strom. Eine Stromverknüpfung für die Theater dürfte dagegen kaum noch möglich sein.

In der gestrigen Sitzung entwarf über die Stromerzeugung für die industriellen Betriebe eine gedehnte Debatte. Die Vertreter der Großbetriebe wiesen darauf hin, daß eine Stationierung von Kraft und Licht für die ohnehin schon schwer belasteten Werke von folgenreicher Bedeutung sein werden. Angeblich sei jedoch die Einführung der Nachtschichten allein imstande, einen Ausgleich zu schaffen. Der Tagesverbrauch an elektrischem Strom ergreift in Groß-Berlin, namentlich in den Nachmittagsstunden der Wintermonate, in denen die Beheizung der Privatwohnungen mit einem Schlage hinzutritt, sogenannte Spitzenbelastungen, die unter allen Umständen bearbeitet werden müssen. Unter Spitzenbelastung versteht man die Ausnutzung der elektrischen Strom erzeugenden Maschinen bis zur Höchstleistung. Die Kraftwerke erheben ständig mit dieser Last und schalten, noch ehe die Spitzenbelastung der in Betrieb befindlichen Dynamos erreicht ist, neue Maschinen ein, um in angemessener Zeit einen Ausgleich der Gesamtbelastung des Netzes vorzunehmen. Demnach würde die Mit-

teilung, daß die Bitterfelder Kraftwerke trotz ihrer schon jetzt hohen Belastung doch imstande sein werden, den für Berlin benötigten Strom herzustellen. Das Reichswehrministerium hat sich schon vor längerer Zeit gerade mit dieser Frage eingehend beschäftigt und Maßnahmen getroffen, um die Bitterfelder Werke zu vergrößern. Der Auslieferung neuer Dampfmaschinen und Dynamos in dem Fernkraftwerk steht nichts im Wege. Der Betrieb der neuen Anlage ist durch die vorhandene Braunkohle ebenfalls gesichert. Es ist nur fraglich, ob die jetzt von Bitterfeld nach Berlin führenden Hochspannungsleitungen imstande sein werden, die nötige Energie zu übermitteln. Zwar hat die Verlegung neuer Kabel, welche das bestehende Netz entlasten, schon begonnen, doch ist es noch nicht sicher, ob die Anlage bis zum Winter fertiggestellt werden kann. Jedenfalls muß die der Industrie entzogene Kohle reiflos den Kasernierten zugrunde kommen, da der vorige Winter, in dem die sechsfache Kohlenmenge zur Verfügung stand, die amtliche Kohlenstelle mehr als einmal in ernste Verlegenheit gebracht hat, wie sie den Betrieb der Kraftwerke sichern sollte. In den nächsten Tagen werden weitere Zusammenhänge über die Kohlenfrage stattfinden.

Wieder ein Todesurteil eines Kriegsverurteilten!

Hamburg, 29. August.
Der schon schwer verkränkte Eisenarbeiter Carl Friedrich Petersen, der in der Nacht vom 24. Juni, mit Gewehr und Patronen bewaffnet, an den revolutionären Kämpfen teilgenommen und am 25. Juni morgens gegen 6 Uhr das Mitglied der Glauwenerwehr Mengelke, Führer einer Maschinenabwehrabteilung, auf dem Wege vor der Jacobskirche erschossen hat, ist heute vom außerordentlichen Kriegsgericht in Hamburg wegen qualifizierten Mordes und Verbrechen zum Tode, zu zehn Jahren Zuchthaus und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt worden.

Lebensmittelkurven in Oppeln.

Oppeln, 29. August.
H. T. B. meldet: Hier kam es gestern und heute zu großen Zusammenrottungen der Bevölkerung, welche eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise und der Preise für Wirtschaftsmittel forderte. Bereits Donnerstag führte die Menge die Säcke der Obst- und Gemüsehändler, besonders der Großhändler. Heute früh setzten sich die Zusammenrottungen in großem Maße fort. Die Menge drang in eine größere Anzahl Geschäfte der Textil-, Lebensmittel-, Bekleidungs-, Fahrrad- und Sigmundbranche. Die Waren wurden weit unter dem Preise verkauft, und ein Teil der Geschäfte wurde geplündert. Die meisten Geschäfte sind heute geschlossen. Die Aufstrebungen nehmen ihren Fortgang.

Die Zusammenrottungen führten zu einem Einschreiten des Militärs, das Ruhe und Ordnung wiederherstellte. Zu größeren Zusammenstößen zwischen Militär und Bevölkerung kam es nicht. Das Militär besetzte die Hauptstraßen der Stadt und einzelne öffentliche Gebäude.

Soeben erschienen:

Der moralische Zusammenbruch der S. P. D.

Aus dem Inhalt heben wir hervor:
Ein sozialdemokratischer Katholikentag — Der Friede und die verdorrte Hand — Die Gegner des Wahrheitsfimmels — Planlose Wirtschaft — Die Anbotung des Stimmzettels — Proletarische oder militärische Diktatur — Der Weg zur Einigkeit
24 Seiten Preis 50 Pf.

Gesanglich hatte die Aufführung in Magda Kimo die beste Wirkung aufzuweisen. Für Temperament und Komik war durch das flotte Zusammenspiel von Käthe Dorisch, Hans Bahmann (den man gern wieder in würdigen Aufgaben sähe) Gustav Wagner und Carl Bedersack vollumfänglich gesorgt. Das gesungene Publikum schien, dem stürmischen Beifall nach zu urteilen, auf die Kosten zu kommen. G. B.

Sozialistische Sonntagschulen.

Genosse Karl Schneider, Neukölln, schreibt und: Der bürgerliche Klassenstaat hat es stets verstanden, das Kind von früherer Jugend an zu beeinflussen, und auch die Kirche hat von jeher ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet, möglichst früh schon das Kind auch außerhalb der Schulzeit an sich zu fesseln. Beweis: die Sonntagschulen, welche in allen Kirchengemeinden über das ganze Reich verstreut sind. In vielen Orten waren unsere Genossen vor dem Kriege schon bestrebt, dieser Beeinflussung ein Gegengewicht zu schaffen durch allerlei Veranstaltungen für die schulpflichtigen Kinder. Handarbeitszirkel, Märchenabende usw. haben viel Gutes bewirkt. Hier heißt es für uns, planmäßig an die Arbeit und an den Aufbau zu gehen. Hierzu sollen die sozialistischen Sonntagschulen dienen. Die ersten derartigen Schulen entstanden 1895 in England, Amerika, Holland, Schweden folgten, und seit 1907 hat diese Einrichtung auch in der Schweiz Eingang gefunden. Genosse Otto Volkert schreibt in seiner lehrreichen Schrift: "Sozialistische Jugenderziehung", Verlag B. Trübner, Oden 1918, über die Schule des sozialdemokratischen Schulvereins Jülich: "Mädchen und Knaben sollen zusammen lernen, sich ein jedes selbst achten und einander gegenseitig achten, von der Kirche sollen die Kinder ferngehalten werden usw. Die Schule hat 8 Klassen, dazwischen kommen die Kinder von 6-15 Jahren. Die Kleinsten werden einfach mit Spielzeug und Bildern beschäftigt, man stellt ihnen Gedächtnis- und Rätseln vor, weckt und weigert ihr Interesse für Tiere und Pflanzen. In der zweiten Klasse fängt man schon an, die Solidarität zu erklären, indem man auf die gegenseitige Hilfe in der Tier- und Pflanzenwelt hinweist. Man zeigt den Kampf der Selbst-erhaltung usw." In dieser Weise geht dann Aufbau und Lehrplan bis in die oberen Klassen. Hier bietet sich für unsere sozialistischen Lehrer ein reiches Betätigungsfeld. Da eine gründliche Umgestaltung unserer Schulwesen notwendig ist, ist nicht in Aussicht zu stellen, daß der Staat die Schulen des sozialistischen Schulvereins...

werden, alle Probleme, wie Gemeinschaftserziehung, Handfertigkeitsunterricht und anderes können zur Durchführung gelangen. Auch unsere Genossinnen und auch den älteren Jugendlichen ist hier Gelegenheit gegeben, in Gemeinschaft mit Lehrern und Lehrerinnen die Probleme sozialistischer Erziehung zu studieren. Kinderarbeit können gebildet werden und vieles andere. Solche Schulen könnten überall, nicht nur für unsere Kinder ein Segen sein, sondern auch als ernsthafter Anstoß für unsere ganze Schulreform wirken.

Genossinnen und Genossen, Lehrer und Lehrerinnen, welche Interesse für eine derartige Gründung in Neukölln haben, werden gebeten, sich schriftlich an den Genossen Karl Schneider, Weitestraße 64, zu wenden.

"Die Tribüne", teilt uns mit, daß sie sich eine 1 1/2 stündige Verfassung gegeben hat, mit der sie als erste Privatbühne den demokratischen wie den künstlerischen Grundfragen einer neuen Zeit durchaus Rechnung trägt. Leider nicht in den Bereich der Bühne und der dadurch bedingten kapitalistischen Gemeinde. (Die Trib.) Damit sind an Halle Gerüchte über eine Sprengung und Überwindung des Unternehmens hinfällig. Die Direktion besteht aus den Herren Franz Bengler und Friedrich Mellinger, an ihrer Seite steht Herr Karlheinz Martin als Oberrevisor. Die künstlerischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder sind in der Regelung der Verhältnisse des Betriebsbereichs wahrgenommen. Die öffentliche Arbeit beginnt am den 15. September mit zwei Vorlesungen von Walter Hasenclever, dem Reiter und der "Entscheidung", denen gleich Ernst Toller's "Wandlung" folgt.

Die Sturmabende finden vom Mittwoch, den 8. September abends 8 1/2 Uhr wieder regelmäßig in der Kunstausstellung "Der Sturm", Potsdamer Straße 194a, jeden Mittwoch statt. Am 8. September trägt Rudolf Klammer expressionistische Dichtungen von August Stramm vor und singt Lieder von Petrarca Malton.

Das 1. Konzert des Verbandes der freien Volkshäuser findet am Sonntag, den 7. September, mittags 12 Uhr im Theater am Bülowplatz statt. Centralmusikdirektor Max von Schilling wird mit dem Philharmonischen Orchester Weber's Overture zur Oper "Der Freischütz", Hugo Wolff's "Genesung" und Victor Berling's "Kantabile Symphonie" zur Aufführung bringen.

Druckfehlerberichtigung. In Nr. 415 veröffentlichten Buchbesprechung "Tage des Buches" muß es "erschütternd" in der Gewalt der "Gefahr" (statt "Gefährde") heißen. Vor dem Buchverkäufer, das Buch von Ernst "Der Mensch ist gut" ist der Autorname des Verlags "Bruno Wiese" verwechselt fortgeschrieben.

